

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser beauftragte den Vizeadmiral Fischer für die Dauer des Urlaubs des Prinzen Heinrich, der mit seinem Sohne, dem Prinzen Waldemar, eine Mittelmeerreise unternommen hat, mit der Führung der Hochseeflotte.

* Die Großherzogin Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin und Adolph Friedrich von Mecklenburg-Strelitz kündigten Vorlagen wegen Einführung einer Verfassung in beiden Staaten an.

* Im Bundesrat wurden die Ausschüsse über den Entwurf eines Gesetzes betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für die Monate April und Mai 1907, sowie über den Entwurf eines Gesetzes betr. die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete für die Monate April und Mai 1907 angenommen.

* Der weimarer Landtag nahm einstimmig das Gesetz über die Aufbesserung der geringeren besoldeten Staatsbeamten und Forstausseher an.

* Dem Landtage des Fürstentums Schaumburg-Lippe ist eine Gesetzesvorlage der Staatsregierung zur dauernden Erhöhung aller Beamtengehälter um 10 bis 15 Prozent zugegangen.

Osterreich-Ungarn.

* Kaiser Franz Joseph empfing den russischen Staatsrat v. Martens in Audienz und unterhielt sich mit ihm lebhaft über die Aussichten der zweiten Haager Konferenz.

* Die vorläufigen Ministerberatungen hatten den Zweck, die ganzen Ausgleichsfragen durchzugehen und zu den Ergebnissen der durch die Sachkommissionen erledigten ersten Beratung Stellung zu nehmen. Tatsächlich wurden sämtliche Fragen durchgesprochen, sodass den beiderseitigen Sachkommissionen Aufträge für die weitere Behandlung der einzelnen Fragen gegeben werden konnten. Die Sachkommissionen sollen im Laufe der nächsten Wochen ihre Arbeiten beendigen; und dann sollen die beiderseitigen Minister von neuem zusammentreten.

* Wegen erneuter Studentenkrawalle wurden die Vorlesungen an der Universität zu Bern bis auf weiteres geschlossen.

Frankreich.

* Die Deputiertenkammer hat ein Gesetz wegen Registrierung der Gründung der marokkanischen Staatsbank angenommen.

* Der französische Abgeordnete Lucien Hubert wird am 15. d. in der Deutschen Kolonialgesellschaft zu Berlin einen Vortrag über die französische Kolonialpolitik halten.

England.

* Im Unterhause brachte Kriegsminister Haldane das Gesetz betr. die Durchführung der Seereschiffordnung ein, wobei er erklärte, daß die Regierung in den Grundzügen an diesem Plane festhalten werde, aber nicht abgeneigt wäre, einzelne Abänderungen in Erwägung zu ziehen.

Italien.

* Der Vatikan erklärt die in einigen französischen Zeitungen angeblich aus den Papieren der Kaiserin Kunjiaue veröffentlichten Enthaltungen für völlig wahrheitswidrig.

Holland.

* Die Leiter der Schiffbrüchigen des Dampfers „Berlin“ wurden im Auftrage der Königin Wilhelmina von ihrem Gemahl, dem Prinzen Heinrich der Niederlande, mit dem Hausorden von Oranien dekoriert.

* Für die Tagesordnung der zweiten Friedenskonferenz sind nur solche Fragen vorgezogen, deren Regelung allen Teilnehmern erwünscht ist. Eine Ausnahme macht die Frage der Beschränkung der Rüstungen, die wahrscheinlich von Rußland oder von den Vereinigten Staaten angeregt werden wird.

* Es ist jetzt sicher, daß der Architekt Cordonnier das Friedenspalais nach

einem neuen, umgeänderten Plan bauen wird. Um die Einzelheiten des Planes zu vollenden, wird er sich zeitweise in Haag niederlassen.

Schweden.

* Die Verlegung der Flottenstation in Stockholm nach der Sibirianinsel bei Stockholm ist von der Regierung im Reichstag beantragt worden. Die Verlegung wird etwas über 35 Millionen Kronen kosten, von welcher Summe jetzt 19 Millionen gefordert werden; 4 Millionen sollen der Regierung sofort zur Verfügung gestellt werden.

Spanien.

* Wie aus Madrid gemeldet wird, ist der Vertrag zwischen Spanien und Frankreich über den Bau von drei die Pyrenäen durchschneidenden Eisenbahnen abgeschlossen worden.

Rußland.

* Die neue Reichsduma wurde ohne Zwischenfall eröffnet. Golowin, der Führer der Kadettenpartei, wurde mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Sobald er sich dem Jaren vorgestellt haben wird, beginnen die geschäftlichen Sitzungen.

* In der Petersburger technischen Hochschule wurde ein großes Bombenlager entdeckt. Die Polizei verhaftete infolgedessen eine ganze Anzahl von Studenten, sowie Personen, die sich ohne Befugnis in dem Hause aufhielten.

Balkanstaaten.

* Die Angelegenheit des Chefs der türkischen Geheimpolizei Fehim Pascha, der auf Verreiben des deutschen Botschafters abgesetzt wurde, soll in Konstantinopel, umlaufenden Gerüchten zufolge, noch nicht völlig zum Abschluß gelangt sein. Es heißt, daß er tief ins Innere verschickt worden sei. Ferner wird behauptet, daß eine Justizkommission mit dem Generalprokurator Medschmeddin Effendi an der Spitze an Ort und Stelle entsendet werden soll, um ihn abzurufen.

* Die serbische Stupichtina nahm in erster Lesung den Handelsvertrag mit England und in zweiter Lesung den Handelsvertrag mit Frankreich an.

Amerika.

* Präsident Roosevelt erklärte, die Vereinigten Staaten seien einverstanden, wenn die Frage der Schuldentilgung europäischer Staaten in Südamerika (Dragodollar) auf der Friedenskonferenz nicht erörtert würde.

Afrika.

* Der Sultan von Marokko hat die Wahl des Schweizer Obersten Armin Müller zum Generalinspektor der marokkanischen Polizei genehmigt. (Das ist natürlich eine inhaltlose Formensache.)

Asien.

* In China macht die Reformbewegung bedeutende Fortschritte. Wie aus Tientsin gemeldet wird, soll der Vizekönig Quanshichai verlegt werden, um auch an andern Orten des Landes Militär- und Verwaltungsreformen durchzuführen. Die Kaiserin-Witwe entschied aber, daß er vorläufig auf seinem Plage bleiben solle, um Unruhen zu vermeiden.

* Das persische Parlament hat einem Abkommen seine Zustimmung gegeben, demzufolge die Nationalbank der Regierung 2 Millionen Tomans (ein Toman 7,14 Mk.), von denen $\frac{1}{2}$ in diesem Monat gezahlt werden sollten, um die Ausgaben für den Heeresfeld, die auswärtigen Gesandtschaften, den kaiserlichen Hof und die Rückzahlung der von Privatbanken geleisteten Vorkasse zu bestreiten. Die Nationalbank wird alle Regierungseinkünfte gegen eine Provision von 1 Prozent einziehen.

Haus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Montag die Staatsdebatten fort. Der Chef der Reichsfraktion v. Löbbeck erklärte zu der Abstimmung über die Unterredung, die der Abg. Erzberger im Jahre 1906 in Sachen Börsen bei Herrn v. Löbbeck nachgesucht hatte, Erzberger habe erklärt, Börsen habe noch alternatives Material hinter sich, dessen Bekanntheit die Kolonialverwaltung auf schwerer Kompromittierung beruhe, er wolle das Material aber herausgeben, wenn die gegen ihn schwebende Disziplinierung aufgehoben würde. Erzberger hat diese Darstellung bestritten; er bestritt sie auch am Montag. Herr v. Löbbeck verlas darauf die vom Abg. Erzberger vor dem Untersuchungsausschuss am 10. Juli 1906 abgegebene und unterschriebene Erklärung in Sachen Börsen. Sie kam dem Sinne nach durchaus auf die Notizen hinaus, die sich Herr v. Löbbeck unmittelbar nach seiner Unterredung mit Erzberger gemacht hatte und rief im Hause große Bewegung hervor. Danach ergriff der christlich-sozialen Abg. Behrens das Wort, der für die christlich-sozialen Bewerterine sprach und gegen die Nationalliberalen polemisierte. Abg. Graf Reichardt (Volk) vermahnte sich dagegen, daß die Polen die russische Revolution über die Grenze schleppen wollten. Redner zog sich für heutige Aussprüche gegen Behrens zwei Ordnungsrufe zu. Staatssekretär Graf Polakowsky verteidigte die Diskontinuität der Reichsbank. Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) hielt die Auflösung des Reichstages mit allem, was darauf folgte, für ein Unrecht gegen das Zentrum. Redner griff auch den Reichsanwalt scharf an, aber doch in einer Form, die den Weg zu neuer gemeinsamer Arbeit mit der Rechten und der Regierung keineswegs verlegt. Nach dem Abg. David (soz.) nahm Abg. Erzberger das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, in der er der Erklärung des Chefs der Reichsfraktion entgegentrat.

Am Dienstag wird die erste Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Passche (nat.-lib.): Wir können nur bedauern, daß Herr v. Hertling erst gestern, als vierter Redner seiner Partei, das Wort genommen hat, nach den Herren Schäfers und Gröber. Hätte er zuerst und allein für seine Partei gesprochen, so wäre der Eindruck seiner Rede ein ganz anderer gewesen, und auch das Zentrum hätte besser abgeurteilt. Alles von dem, was er darüber gesagt hat, können wir unterstreichen. Aber was er darüber gesagt hat, daß die Nationalliberalen sich feinerzeit aus Nachsicht in die Regierung gedrängt hätten, das ist nicht wahr, ebensowenig sein Hinweis auf Venizelos. Herr v. Hertling meint, der Reichsanwalt habe ja nicht einmal die dritte Lesung abgewartet, sondern aufgelöst gleich nach Ablehnung des Antrages Börsen bei der zweiten Lesung. Ja, wäre wirklich die dritte Lesung abgewartet worden, so wäre das Resultat auch kein anderes gewesen! Wenn Sie im Zentrum herantreten, um „Einleitung und Überfahrt“ zu retten, und so eine dritte Lesung zu ermöglichen, so wäre doch nur die Folge gewesen, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung wieder ein Aufbruch eingeleitet worden wäre. Und dem hat sich der Reichsanwalt mit Recht entgegen im Interesse seines Prestiges! Gegen den Vorwurf, einen Kulturkampf gewollt zu haben, verwehre ich mich und meine Parteifreunde auf das entschiedenste. Wir lassen jede Konfession frei ihre Religionsübungen abhalten! In meinem Wahlkreis dagegen sind die Zentrumswählervereinigungen geschlossen worden mit dem Wile: Fort mit dem Protestantismus, fort mit dem Liberalismus! Nun zum Schluß: Sollte das Zentrum fortan verlangen in nationalen Fragen, dann wird hoffentlich die jetzige Mehrheit erst recht zusammenhalten, damit die nationalen Freuen zu ihrem Rechte kommen.

Abg. v. Erdöer (soz.): Ich will nur einige mehr persönliche Bemerkungen machen. Ich habe allerdings das allgemeine gleiche Wahlrecht in Versammlungen scharf kritisiert, weil ich es allerdings für schädlich halte. Und zwar weil es berechtigende Einflüsse nicht zu ihrem Rechte kommen läßt. Nun hat Herr David auch auf Änderungen anderer hingewiesen. Nun, wenn Graf Reichardt im Herrenhaus gesagt hat, daß man das gleiche Wahlrecht abschaffen sollte, so mißbillige ich das allerdings, und zwar weil das ein Witz ist, der zur Zeit unerschütterlich ist. Deshalb halte ich es für falsch, solchen Wunsch zu äußern. Aber wenn von unserer Seite aus solche Wünsche geäußert werden, so tun Sie doch auch daselbst, wenn Sie die mecklenburgische Verfassung und die preussische geändert wissen wollen! Sie sehen eben nur bei andern den kleinen Splinter, bei sich selbst nicht den Balken!

Abg. Erzberger (Zentr.) geht auf seinen Streit mit Herrn v. Löbbeck ein. Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß Verleumdung, Mißverständnisse überall möglich sind, daß also schon deshalb die einseitige Niederschrift des Herrn Chefs der Reichsfraktion keine Beweiskraft haben kann, daselbst hat ja auch nützlich der Staatssekretär Graf Polakowsky bezüglich der Memorien des Fürsten Hohenlohe geäußert. Ich habe nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Börsen, sondern eine Unterredung der von diesem behaupteten Mißstände verlangt. Nun muß ich sagen, ich wundere mich, daß Herr v. Löbbeck mit gegenüber erst so zart Rücksicht genommen hat, die Niederschrift unter Verschluß zu halten, um sie mehrwertig unter genau ein Jahr

mittleren müßte, er wolle das Material aber herausgeben, wenn die gegen ihn schwebende Disziplinierung aufgehoben würde. Erzberger hat diese Darstellung bestritten; er bestritt sie auch am Montag. Herr v. Löbbeck verlas darauf die vom Abg. Erzberger vor dem Untersuchungsausschuss am 10. Juli 1906 abgegebene und unterschriebene Erklärung in Sachen Börsen. Sie kam dem Sinne nach durchaus auf die Notizen hinaus, die sich Herr v. Löbbeck unmittelbar nach seiner Unterredung mit Erzberger gemacht hatte und rief im Hause große Bewegung hervor. Danach ergriff der christlich-sozialen Abg. Behrens das Wort, der für die christlich-sozialen Bewerterine sprach und gegen die Nationalliberalen polemisierte. Abg. Graf Reichardt (Volk) vermahnte sich dagegen, daß die Polen die russische Revolution über die Grenze schleppen wollten. Redner zog sich für heutige Aussprüche gegen Behrens zwei Ordnungsrufe zu. Staatssekretär Graf Polakowsky verteidigte die Diskontinuität der Reichsbank. Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) hielt die Auflösung des Reichstages mit allem, was darauf folgte, für ein Unrecht gegen das Zentrum. Redner griff auch den Reichsanwalt scharf an, aber doch in einer Form, die den Weg zu neuer gemeinsamer Arbeit mit der Rechten und der Regierung keineswegs verlegt. Nach dem Abg. David (soz.) nahm Abg. Erzberger das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, in der er der Erklärung des Chefs der Reichsfraktion entgegentrat.

Am Dienstag wird die erste Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Passche (nat.-lib.): Wir können nur bedauern, daß Herr v. Hertling erst gestern, als vierter Redner seiner Partei, das Wort genommen hat, nach den Herren Schäfers und Gröber. Hätte er zuerst und allein für seine Partei gesprochen, so wäre der Eindruck seiner Rede ein ganz anderer gewesen, und auch das Zentrum hätte besser abgeurteilt. Alles von dem, was er darüber gesagt hat, können wir unterstreichen. Aber was er darüber gesagt hat, daß die Nationalliberalen sich feinerzeit aus Nachsicht in die Regierung gedrängt hätten, das ist nicht wahr, ebensowenig sein Hinweis auf Venizelos. Herr v. Hertling meint, der Reichsanwalt habe ja nicht einmal die dritte Lesung abgewartet, sondern aufgelöst gleich nach Ablehnung des Antrages Börsen bei der zweiten Lesung. Ja, wäre wirklich die dritte Lesung abgewartet worden, so wäre das Resultat auch kein anderes gewesen! Wenn Sie im Zentrum herantreten, um „Einleitung und Überfahrt“ zu retten, und so eine dritte Lesung zu ermöglichen, so wäre doch nur die Folge gewesen, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung wieder ein Aufbruch eingeleitet worden wäre. Und dem hat sich der Reichsanwalt mit Recht entgegen im Interesse seines Prestiges! Gegen den Vorwurf, einen Kulturkampf gewollt zu haben, verwehre ich mich und meine Parteifreunde auf das entschiedenste. Wir lassen jede Konfession frei ihre Religionsübungen abhalten! In meinem Wahlkreis dagegen sind die Zentrumswählervereinigungen geschlossen worden mit dem Wile: Fort mit dem Protestantismus, fort mit dem Liberalismus! Nun zum Schluß: Sollte das Zentrum fortan verlangen in nationalen Fragen, dann wird hoffentlich die jetzige Mehrheit erst recht zusammenhalten, damit die nationalen Freuen zu ihrem Rechte kommen.

Abg. v. Erdöer (soz.): Ich will nur einige mehr persönliche Bemerkungen machen. Ich habe allerdings das allgemeine gleiche Wahlrecht in Versammlungen scharf kritisiert, weil ich es allerdings für schädlich halte. Und zwar weil es berechtigende Einflüsse nicht zu ihrem Rechte kommen läßt. Nun hat Herr David auch auf Änderungen anderer hingewiesen. Nun, wenn Graf Reichardt im Herrenhaus gesagt hat, daß man das gleiche Wahlrecht abschaffen sollte, so mißbillige ich das allerdings, und zwar weil das ein Witz ist, der zur Zeit unerschütterlich ist. Deshalb halte ich es für falsch, solchen Wunsch zu äußern. Aber wenn von unserer Seite aus solche Wünsche geäußert werden, so tun Sie doch auch daselbst, wenn Sie die mecklenburgische Verfassung und die preussische geändert wissen wollen! Sie sehen eben nur bei andern den kleinen Splinter, bei sich selbst nicht den Balken!

Abg. Erzberger (Zentr.) geht auf seinen Streit mit Herrn v. Löbbeck ein. Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß Verleumdung, Mißverständnisse überall möglich sind, daß also schon deshalb die einseitige Niederschrift des Herrn Chefs der Reichsfraktion keine Beweiskraft haben kann, daselbst hat ja auch nützlich der Staatssekretär Graf Polakowsky bezüglich der Memorien des Fürsten Hohenlohe geäußert. Ich habe nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Börsen, sondern eine Unterredung der von diesem behaupteten Mißstände verlangt. Nun muß ich sagen, ich wundere mich, daß Herr v. Löbbeck mit gegenüber erst so zart Rücksicht genommen hat, die Niederschrift unter Verschluß zu halten, um sie mehrwertig unter genau ein Jahr

mittleren müßte, er wolle das Material aber herausgeben, wenn die gegen ihn schwebende Disziplinierung aufgehoben würde. Erzberger hat diese Darstellung bestritten; er bestritt sie auch am Montag. Herr v. Löbbeck verlas darauf die vom Abg. Erzberger vor dem Untersuchungsausschuss am 10. Juli 1906 abgegebene und unterschriebene Erklärung in Sachen Börsen. Sie kam dem Sinne nach durchaus auf die Notizen hinaus, die sich Herr v. Löbbeck unmittelbar nach seiner Unterredung mit Erzberger gemacht hatte und rief im Hause große Bewegung hervor. Danach ergriff der christlich-sozialen Abg. Behrens das Wort, der für die christlich-sozialen Bewerterine sprach und gegen die Nationalliberalen polemisierte. Abg. Graf Reichardt (Volk) vermahnte sich dagegen, daß die Polen die russische Revolution über die Grenze schleppen wollten. Redner zog sich für heutige Aussprüche gegen Behrens zwei Ordnungsrufe zu. Staatssekretär Graf Polakowsky verteidigte die Diskontinuität der Reichsbank. Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) hielt die Auflösung des Reichstages mit allem, was darauf folgte, für ein Unrecht gegen das Zentrum. Redner griff auch den Reichsanwalt scharf an, aber doch in einer Form, die den Weg zu neuer gemeinsamer Arbeit mit der Rechten und der Regierung keineswegs verlegt. Nach dem Abg. David (soz.) nahm Abg. Erzberger das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, in der er der Erklärung des Chefs der Reichsfraktion entgegentrat.

Am Dienstag wird die erste Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Passche (nat.-lib.): Wir können nur bedauern, daß Herr v. Hertling erst gestern, als vierter Redner seiner Partei, das Wort genommen hat, nach den Herren Schäfers und Gröber. Hätte er zuerst und allein für seine Partei gesprochen, so wäre der Eindruck seiner Rede ein ganz anderer gewesen, und auch das Zentrum hätte besser abgeurteilt. Alles von dem, was er darüber gesagt hat, können wir unterstreichen. Aber was er darüber gesagt hat, daß die Nationalliberalen sich feinerzeit aus Nachsicht in die Regierung gedrängt hätten, das ist nicht wahr, ebensowenig sein Hinweis auf Venizelos. Herr v. Hertling meint, der Reichsanwalt habe ja nicht einmal die dritte Lesung abgewartet, sondern aufgelöst gleich nach Ablehnung des Antrages Börsen bei der zweiten Lesung. Ja, wäre wirklich die dritte Lesung abgewartet worden, so wäre das Resultat auch kein anderes gewesen! Wenn Sie im Zentrum herantreten, um „Einleitung und Überfahrt“ zu retten, und so eine dritte Lesung zu ermöglichen, so wäre doch nur die Folge gewesen, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung wieder ein Aufbruch eingeleitet worden wäre. Und dem hat sich der Reichsanwalt mit Recht entgegen im Interesse seines Prestiges! Gegen den Vorwurf, einen Kulturkampf gewollt zu haben, verwehre ich mich und meine Parteifreunde auf das entschiedenste. Wir lassen jede Konfession frei ihre Religionsübungen abhalten! In meinem Wahlkreis dagegen sind die Zentrumswählervereinigungen geschlossen worden mit dem Wile: Fort mit dem Protestantismus, fort mit dem Liberalismus! Nun zum Schluß: Sollte das Zentrum fortan verlangen in nationalen Fragen, dann wird hoffentlich die jetzige Mehrheit erst recht zusammenhalten, damit die nationalen Freuen zu ihrem Rechte kommen.

Abg. v. Erdöer (soz.): Ich will nur einige mehr persönliche Bemerkungen machen. Ich habe allerdings das allgemeine gleiche Wahlrecht in Versammlungen scharf kritisiert, weil ich es allerdings für schädlich halte. Und zwar weil es berechtigende Einflüsse nicht zu ihrem Rechte kommen läßt. Nun hat Herr David auch auf Änderungen anderer hingewiesen. Nun, wenn Graf Reichardt im Herrenhaus gesagt hat, daß man das gleiche Wahlrecht abschaffen sollte, so mißbillige ich das allerdings, und zwar weil das ein Witz ist, der zur Zeit unerschütterlich ist. Deshalb halte ich es für falsch, solchen Wunsch zu äußern. Aber wenn von unserer Seite aus solche Wünsche geäußert werden, so tun Sie doch auch daselbst, wenn Sie die mecklenburgische Verfassung und die preussische geändert wissen wollen! Sie sehen eben nur bei andern den kleinen Splinter, bei sich selbst nicht den Balken!

Abg. Erzberger (Zentr.) geht auf seinen Streit mit Herrn v. Löbbeck ein. Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß Verleumdung, Mißverständnisse überall möglich sind, daß also schon deshalb die einseitige Niederschrift des Herrn Chefs der Reichsfraktion keine Beweiskraft haben kann, daselbst hat ja auch nützlich der Staatssekretär Graf Polakowsky bezüglich der Memorien des Fürsten Hohenlohe geäußert. Ich habe nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Börsen, sondern eine Unterredung der von diesem behaupteten Mißstände verlangt. Nun muß ich sagen, ich wundere mich, daß Herr v. Löbbeck mit gegenüber erst so zart Rücksicht genommen hat, die Niederschrift unter Verschluß zu halten, um sie mehrwertig unter genau ein Jahr

mittleren müßte, er wolle das Material aber herausgeben, wenn die gegen ihn schwebende Disziplinierung aufgehoben würde. Erzberger hat diese Darstellung bestritten; er bestritt sie auch am Montag. Herr v. Löbbeck verlas darauf die vom Abg. Erzberger vor dem Untersuchungsausschuss am 10. Juli 1906 abgegebene und unterschriebene Erklärung in Sachen Börsen. Sie kam dem Sinne nach durchaus auf die Notizen hinaus, die sich Herr v. Löbbeck unmittelbar nach seiner Unterredung mit Erzberger gemacht hatte und rief im Hause große Bewegung hervor. Danach ergriff der christlich-sozialen Abg. Behrens das Wort, der für die christlich-sozialen Bewerterine sprach und gegen die Nationalliberalen polemisierte. Abg. Graf Reichardt (Volk) vermahnte sich dagegen, daß die Polen die russische Revolution über die Grenze schleppen wollten. Redner zog sich für heutige Aussprüche gegen Behrens zwei Ordnungsrufe zu. Staatssekretär Graf Polakowsky verteidigte die Diskontinuität der Reichsbank. Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) hielt die Auflösung des Reichstages mit allem, was darauf folgte, für ein Unrecht gegen das Zentrum. Redner griff auch den Reichsanwalt scharf an, aber doch in einer Form, die den Weg zu neuer gemeinsamer Arbeit mit der Rechten und der Regierung keineswegs verlegt. Nach dem Abg. David (soz.) nahm Abg. Erzberger das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, in der er der Erklärung des Chefs der Reichsfraktion entgegentrat.

Am Dienstag wird die erste Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Passche (nat.-lib.): Wir können nur bedauern, daß Herr v. Hertling erst gestern, als vierter Redner seiner Partei, das Wort genommen hat, nach den Herren Schäfers und Gröber. Hätte er zuerst und allein für seine Partei gesprochen, so wäre der Eindruck seiner Rede ein ganz anderer gewesen, und auch das Zentrum hätte besser abgeurteilt. Alles von dem, was er darüber gesagt hat, können wir unterstreichen. Aber was er darüber gesagt hat, daß die Nationalliberalen sich feinerzeit aus Nachsicht in die Regierung gedrängt hätten, das ist nicht wahr, ebensowenig sein Hinweis auf Venizelos. Herr v. Hertling meint, der Reichsanwalt habe ja nicht einmal die dritte Lesung abgewartet, sondern aufgelöst gleich nach Ablehnung des Antrages Börsen bei der zweiten Lesung. Ja, wäre wirklich die dritte Lesung abgewartet worden, so wäre das Resultat auch kein anderes gewesen! Wenn Sie im Zentrum herantreten, um „Einleitung und Überfahrt“ zu retten, und so eine dritte Lesung zu ermöglichen, so wäre doch nur die Folge gewesen, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung wieder ein Aufbruch eingeleitet worden wäre. Und dem hat sich der Reichsanwalt mit Recht entgegen im Interesse seines Prestiges! Gegen den Vorwurf, einen Kulturkampf gewollt zu haben, verwehre ich mich und meine Parteifreunde auf das entschiedenste. Wir lassen jede Konfession frei ihre Religionsübungen abhalten! In meinem Wahlkreis dagegen sind die Zentrumswählervereinigungen geschlossen worden mit dem Wile: Fort mit dem Protestantismus, fort mit dem Liberalismus! Nun zum Schluß: Sollte das Zentrum fortan verlangen in nationalen Fragen, dann wird hoffentlich die jetzige Mehrheit erst recht zusammenhalten, damit die nationalen Freuen zu ihrem Rechte kommen.

Abg. v. Erdöer (soz.): Ich will nur einige mehr persönliche Bemerkungen machen. Ich habe allerdings das allgemeine gleiche Wahlrecht in Versammlungen scharf kritisiert, weil ich es allerdings für schädlich halte. Und zwar weil es berechtigende Einflüsse nicht zu ihrem Rechte kommen läßt. Nun hat Herr David auch auf Änderungen anderer hingewiesen. Nun, wenn Graf Reichardt im Herrenhaus gesagt hat, daß man das gleiche Wahlrecht abschaffen sollte, so mißbillige ich das allerdings, und zwar weil das ein Witz ist, der zur Zeit unerschütterlich ist. Deshalb halte ich es für falsch, solchen Wunsch zu äußern. Aber wenn von unserer Seite aus solche Wünsche geäußert werden, so tun Sie doch auch daselbst, wenn Sie die mecklenburgische Verfassung und die preussische geändert wissen wollen! Sie sehen eben nur bei andern den kleinen Splinter, bei sich selbst nicht den Balken!

Abg. Erzberger (Zentr.) geht auf seinen Streit mit Herrn v. Löbbeck ein. Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß Verleumdung, Mißverständnisse überall möglich sind, daß also schon deshalb die einseitige Niederschrift des Herrn Chefs der Reichsfraktion keine Beweiskraft haben kann, daselbst hat ja auch nützlich der Staatssekretär Graf Polakowsky bezüglich der Memorien des Fürsten Hohenlohe geäußert. Ich habe nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Börsen, sondern eine Unterredung der von diesem behaupteten Mißstände verlangt. Nun muß ich sagen, ich wundere mich, daß Herr v. Löbbeck mit gegenüber erst so zart Rücksicht genommen hat, die Niederschrift unter Verschluß zu halten, um sie mehrwertig unter genau ein Jahr

mittleren müßte, er wolle das Material aber herausgeben, wenn die gegen ihn schwebende Disziplinierung aufgehoben würde. Erzberger hat diese Darstellung bestritten; er bestritt sie auch am Montag. Herr v. Löbbeck verlas darauf die vom Abg. Erzberger vor dem Untersuchungsausschuss am 10. Juli 1906 abgegebene und unterschriebene Erklärung in Sachen Börsen. Sie kam dem Sinne nach durchaus auf die Notizen hinaus, die sich Herr v. Löbbeck unmittelbar nach seiner Unterredung mit Erzberger gemacht hatte und rief im Hause große Bewegung hervor. Danach ergriff der christlich-sozialen Abg. Behrens das Wort, der für die christlich-sozialen Bewerterine sprach und gegen die Nationalliberalen polemisierte. Abg. Graf Reichardt (Volk) vermahnte sich dagegen, daß die Polen die russische Revolution über die Grenze schleppen wollten. Redner zog sich für heutige Aussprüche gegen Behrens zwei Ordnungsrufe zu. Staatssekretär Graf Polakowsky verteidigte die Diskontinuität der Reichsbank. Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) hielt die Auflösung des Reichstages mit allem, was darauf folgte, für ein Unrecht gegen das Zentrum. Redner griff auch den Reichsanwalt scharf an, aber doch in einer Form, die den Weg zu neuer gemeinsamer Arbeit mit der Rechten und der Regierung keineswegs verlegt. Nach dem Abg. David (soz.) nahm Abg. Erzberger das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, in der er der Erklärung des Chefs der Reichsfraktion entgegentrat.

Am Dienstag wird die erste Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Passche (nat.-lib.): Wir können nur bedauern, daß Herr v. Hertling erst gestern, als vierter Redner seiner Partei, das Wort genommen hat, nach den Herren Schäfers und Gröber. Hätte er zuerst und allein für seine Partei gesprochen, so wäre der Eindruck seiner Rede ein ganz anderer gewesen, und auch das Zentrum hätte besser abgeurteilt. Alles von dem, was er darüber gesagt hat, können wir unterstreichen. Aber was er darüber gesagt hat, daß die Nationalliberalen sich feinerzeit aus Nachsicht in die Regierung gedrängt hätten, das ist nicht wahr, ebensowenig sein Hinweis auf Venizelos. Herr v. Hertling meint, der Reichsanwalt habe ja nicht einmal die dritte Lesung abgewartet, sondern aufgelöst gleich nach Ablehnung des Antrages Börsen bei der zweiten Lesung. Ja, wäre wirklich die dritte Lesung abgewartet worden, so wäre das Resultat auch kein anderes gewesen! Wenn Sie im Zentrum herantreten, um „Einleitung und Überfahrt“ zu retten, und so eine dritte Lesung zu ermöglichen, so wäre doch nur die Folge gewesen, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung wieder ein Aufbruch eingeleitet worden wäre. Und dem hat sich der Reichsanwalt mit Recht entgegen im Interesse seines Prestiges! Gegen den Vorwurf, einen Kulturkampf gewollt zu haben, verwehre ich mich und meine Parteifreunde auf das entschiedenste. Wir lassen jede Konfession frei ihre Religionsübungen abhalten! In meinem Wahlkreis dagegen sind die Zentrumswählervereinigungen geschlossen worden mit dem Wile: Fort mit dem Protestantismus, fort mit dem Liberalismus! Nun zum Schluß: Sollte das Zentrum fortan verlangen in nationalen Fragen, dann wird hoffentlich die jetzige Mehrheit erst recht zusammenhalten, damit die nationalen Freuen zu ihrem Rechte kommen.

Abg. v. Erdöer (soz.): Ich will nur einige mehr persönliche Bemerkungen machen. Ich habe allerdings das allgemeine gleiche Wahlrecht in Versammlungen scharf kritisiert, weil ich es allerdings für schädlich halte. Und zwar weil es berechtigende Einflüsse nicht zu ihrem Rechte kommen läßt. Nun hat Herr David auch auf Änderungen anderer hingewiesen. Nun, wenn Graf Reichardt im Herrenhaus gesagt hat, daß man das gleiche Wahlrecht abschaffen sollte, so mißbillige ich das allerdings, und zwar weil das ein Witz ist, der zur Zeit unerschütterlich ist. Deshalb halte ich es für falsch, solchen Wunsch zu äußern. Aber wenn von unserer Seite aus solche Wünsche geäußert werden, so tun Sie doch auch daselbst, wenn Sie die mecklenburgische Verfassung und die preussische geändert wissen wollen! Sie sehen eben nur bei andern den kleinen Splinter, bei sich selbst nicht den Balken!

Abg. Erzberger (Zentr.) geht auf seinen Streit mit Herrn v. Löbbeck ein. Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß Verleumdung, Mißverständnisse überall möglich sind, daß also schon deshalb die einseitige Niederschrift des Herrn Chefs der Reichsfraktion keine Beweiskraft haben kann, daselbst hat ja auch nützlich der Staatssekretär Graf Polakowsky bezüglich der Memorien des Fürsten Hohenlohe geäußert. Ich habe nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Börsen, sondern eine Unterredung der von diesem behaupteten Mißstände verlangt. Nun muß ich sagen, ich wundere mich, daß Herr v. Löbbeck mit gegenüber erst so zart Rücksicht genommen hat, die Niederschrift unter Verschluß zu halten, um sie mehrwertig unter genau ein Jahr

nach der Unterredung in die allgemeine Regierung zu geben. Ich wundere mich aber noch mehr, daß er, wenn er mein Vorgehen für so unerhördet hält, vor der Abstimmung über die Erziehung des Reichsanwalts in der dritten Lesung an mich mit einem Vorschlage herantrat. Redner behauptet nicht, daß das Protokoll absichtlich falsch angenommen worden sei, aber jedenfalls würde in Zukunft für ihn, und wie er glaube auch für seine Fraktionsgenossen, der Versuch unangenehm sein, solche unangenehmen Zwischenfälle auf vertraulichem Wege zu erledigen.

Der Chef der Reichsfraktion Herr v. Löbbeck erwidert, merkwürdig sei, daß der Abg. Erzberger jetzt als den springenden Punkt bezeichnet, daß er eine Einstellung des Verfahrens gegen Börsen nicht verlangt habe, das sei nun die dritte Version, die er über die Unterredung gebe. In seiner nächsten Aussage vor dem Untersuchungsausschuss gab er aber als Zweck seines Besuchs bei dem Chef der Reichsfraktion an, zu versuchen, ob sich die Affäre nicht auf andre Weise als durch Einstellung des Disziplinierverfahrens gegen Börsen erledigen lasse. Herr v. Löbbeck verliest noch einen Brief des Geheimrats v. Helfferich, worin ihm dieser befragt, daß ihm dieser alsbald nach der Unterredung den Inhalt zu berichten habe, wie er in der Registratur niedergelegt sei.

Abg. Neumann-Hofer (fr. Bog.) beleuchtet das Verhältnis der deutschen Kleinstaat zu den Reich und zu dem Großstaate Preußen. Die Kleinstaat führen geradezu ein Märdereidasein; sie müssen durch Steuern allzu schwer belastet werden, und das Kapital, die Beamten, die Lehrer, alles trachtet nach Preußen auszuwandern. Man ist in diesen Staaten oft das Wort: Unsere Selbstständigkeit ist uns zu teuer. Es muß also bei der Umlage der Militärabgaben nach Maßgabe der Steuerkraft verfahren werden; die Umlage nach der Kopfzahl kann nach der geschätzten Sachlage nicht als gerecht erscheinen. Ebenso demotiviert sind wir bezüglich der Eisenbahnen. Die preussischen Staatsbahnen zahlen bei uns kein Kommodoren umlagen, ihre Beamten sogar keine Staatsrenten. Das zweckmäßigste wäre gewiß eine Übernahme der Bahnen durch das Reich, aber aus einer Reichsteuer auf die Reinerträge der Staatsbahnen würde sich empfehlen. Ebenso enthalten die Militärkonventionen mit Preußen mancherlei Nachteil. Man sollte daran denken, diese Konventionen zu lösen. Ich meine, den Abschluß solcher Konventionen etwa mit Bayern oder einem andern großen Staat in Erwägung ziehen, die sich vielleicht entgegenkommender zeigen würden. Wir verlangen keine Begünstigung der kleinen Staaten, sondern nur gleichmäßige Behandlung, damit nicht auf diesem Wege die Reichsverderbenheit einziehe.

Abg. Camp (fr.) polemisiert kurz gegen die Ausführungen des Staatssekretärs Grafen Polakowsky bezüglich des Reichsanwalts und rief für die Wahlen- und Waisenversicherung ein. Wir werden uns nicht so sehr gegen unrechtmässige Belastung als gegen die Art, wie das Interesse der Arbeiter gegen die Arbeitgeber vertreten wird. Die großen sozialpolitischen Aufgaben müssen eben gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gelöst werden.

Nach einigen Bemerkungen des Staatssekretärs Grafen Polakowsky, welcher erklärt, daß er, so lange er im Amte bleibe, ein Staatssekretär für Sozialpolitik sein werde, erlöst zum Schluß das Wort.

Abg. Fürst Radziwili (Volk): Es ist bedauerlich, daß sich die Reichsregierung trotz allem immer wieder dem Ergebnis, die preussische Sozialpolitik zu brechen. Viel geräucher, als die Abg. Binder und Liebermann v. Sonnenberg hat sich der Abg. Schröder gezeigt, dem ich hiermit meinen Dank aussprechen möchte. Ich möchte mit dem Ausdruck der Hoffnung schließen, daß eine solche Auffassung in der Zukunft die herrschende sein wird.

Hierauf wird die Staatsdebatte abgeschlossen und der Entwurf der Budgetkommissionen überlesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Berufs- und Vertriebszählung. Der Entwurf geht nach kurzer Debatte an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Hierauf verlegt sich das Haus.

Von Nah und fern.

* Die bestohlene Prinzessin. Prinzessin Mathilde von Sachsen, die ihrem Bruder, dem König Friedrich August, auf dem Landwege nach Lifabon, der Hauptstadt Portugals, vorausgereist war, hat dort einen empfindlichen Verlust erlitten. Gelegentlich eines Besuchs des Blumenmarktes auf der Praca da Figueira wurde ihr bei dem herrschenden Gedränge ein kostbarer Eisenblech-Rosenkranz von einem Taschendiebe entwendet.

Getreu bis in den Tod.

18) Erzählung von Martha Neumeier.

(Fortsetzung.)
„Es ist mir wahrlich die höchste Freude, liebe Elisabeth, daß dich die Erfüllung meines Wunsches trotz deines anfänglichen Widerstrebens nicht gereut hat,“ sagte er herzlich, „so bitte ich dich, auch einem wohlmeinenden Rat, den ich dir für die Gestaltung eures ferneren Lebens erteilen möchte, freundlich Gehör zu geben. Sieh, Elisabeth, du darfst dich jetzt, nach Ablauf des Trauerjahres, deiner jungen Tochter zuliebe, nicht mehr so gänzlich, wie du es bisher unter den traurigen Verhältnissen gewohnt gemein, von Welt und Leben zurückziehen. Sie hat bisher nur den Ernst des Lebens kennen gelernt und die tapfer und treu zur Seite gestanden, und du weißt, daß es für Erla keinen Genuß, keine Freude gibt, an der die geliebte Mutter nicht teilnimmt. So bitte ich dich von Herzen, Elisabeth, dein trauerndes Herz zu bezwingen, und deiner Tochter in bescheidener Weise allmählich die Rechte der Jugend zu erschließen. Ein gemeinsamer Theater- oder Konzertbesuch sowie die Geselligkeit in dem kleinen Kreise eurer Bekannten hier, die euch gewiß von Herzen willkommen heißen, wird Erla in ihrer lebhafte Empfänglichkeit gewiß aufrichtig beglücken, und auch dir, Elisabeth, werden in der blühenden Jugend, der Frische und Fröhlichkeit deines Tochterlebens noch stille Freuden erblühen!“
Atemlos, mit glühenden Wangen hatte ihm Erla zugehört, und ein glückseliges Lächeln ver-

lärte ihr liebliches, junges Antlitz, als ihre Mutter mit sanftem Lächeln erwiderte:

„Ich sehe wohl ein, Georg, daß ich mich deinem Räte fügen muß, da du die Rechte deiner jüngsten Schutzbehlenen in so liebevoller und verständiger Weise mir gegenüber verteidigt. Es wäre allerdings selbstsüchtig von mir gehandelt, — ich muß es zugeben, — wollte ich Erla auch ferner von allen Vergnügungen der Jugend abschließen, die mir selbst einst in so reichem Maße zu teil geworden sind. So will ich denn, so schwer es mir auch wird, aus der langgewohnten Zurückgezogenheit meines stillen Lebens wieder hervortreten, meiner Tochter zuliebe an den bescheidenen Freuden und Anregungen, die sich ihr, unserer Verhältnissen entsprechend, hier bieten werden, deinem Wunsche gemäß fortan mit ihr teilnehmen.“

„Wie soll ich dir für diese frohe Aussicht danken, mein geliebtes Mütterchen,“ rief Erla freudig, „und auch dir, Otel Georg, der du sie zu diesem verheißungsvollen Vorsprechen so freundlich veranlaßt hast! Ich selbst hätte niemals gewagt, mir solch großes Opfer zu erbitten, aber du, Otel Georg, verstehst es auch wirklich am besten, die Wama ihrer tiefen Trauer zu entreißen und sie wieder frischer und fröhlicher zu stimmen. Sieh nur, Otel, wie sie sich auf unserer herrlichen Reise erholt und gekräftigt hat,“ fuhr sie fort, indem sie die Mutter zärtlich umschlang, „wie lieb und schön, wie frisch und rosig sie wieder aussieht! Ach, könntest du doch immer bei uns bleiben, Otel Georg,“ sagte sie mit kindlicher Offenheit hinzu.

Ein feines Rot überlief Elisabeths zartes Antlitz; Georg erwiderte nichts, aber seine Augen blickten mit sonderbar trübendem Blick ins Weite, wie in eine ferne, sonnige Zukunft.

In stiller Behaglichkeit war beiden Frauen der Winter vergangen; getreu ihrem Versprechen hatten Elisabeth mit ihrer Tochter manchen feinen, geselligen Freuden und geselligen Anregungen beigezogen, wie sie das große Weltbad auf so angenehme und bequeme Weise ihnen bot. Mit freudiger Dankbarkeit und jugendlichem Frohsinn hatte Erla die harmlosen Vergnügungen an der Seite der Mutter genossen, weigerte sich aber beharrlich, ohne dieselbe an irgend einer kleinen Zerstreung teilzunehmen, so oft und gern auch ihre näheren Freunde das reizende junge Mädchen zu froher Geselligkeit aufsuchten.

„Ich hätte überall doch nur Sehnsucht nach dir,“ sagte sie leise, „und unser stilles, trauliches Beisammensein, mein geliebtes Mütterchen, ist doch und bleiben die liebste Unterhaltung.“

In ihrem sonnig heiteren Wesen, doch weit über ihre Jahre gereift und verständig, war sie der Mutter eine wahre Freundin geworden, und beide schienen ungetrennlich voneinander. Wer sie nicht kannte und ihnen in ihrer gleichen Größe, Arm in Arm miteinander, auf ihren täglichen Spaziergängen begegnete, hielt sie für Schwestern, so mädchenhaft schlanke war Elisabeths Gestalt, so zart und rosig noch ihr Antlitz mit den tiefblauen Augen und dem dunklen, welligen Haar.

Es war an einem schönen, sonnigen Frühlingstage, Elisabeth hatte die ersten Beilichen in

ihrem Gärten gepflückt und blickte lächelnd der Tochter entgegen, die freudig erregt, einen Brief in der Hand, ihr von der Straße entgegen kam.